

Zum Arbeitsprogramm des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg in den nächsten Jahren

Vorbemerkung

Das Statistische Landesamt beginnt mit diesem Artikel eine regelmäßige Darstellung seines Arbeitsprogrammes für die jeweils bevorstehenden Jahre. Zweck der Berichte ist es, die große Zahl der an statistischen Erhebungen, Veröffentlichungen und Analysen beteiligten oder interessierten Stellen über wichtige Aufgaben und Arbeitspläne zu informieren. In Anbetracht des Umfangs und der fachlichen Breite der Arbeiten kann es sich lediglich um eine knappe Orientierung über einige Schwerpunkte handeln. Entwicklungen während des jeweils letzten Jahres – bei diesem ersten Bericht während des Jahres 1977 und während der ersten Jahreshälfte 1978 – werden einbezogen, soweit sie von besonderer Bedeutung gewesen sind. Erwähnt werden:

1. Großzählungen und Strukturserhebungen,
2. Entwicklungen im Programm der laufenden Statistiken,
3. Analysen und Prognosen,
4. die Entwicklung der Struktur- und Regionaldatenbank,
5. wichtige organisatorische, technische und rechtliche Fragen.

Viele Großzählungen in den nächsten Jahren

Umfangreiche Großzählungen, die wegen ihres Arbeits- und Kostenaufwandes nur in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden, bilden einen wesentlichen Teil des Arbeitsprogrammes der amtlichen Statistik. Sie sollen detaillierte Aufschlüsse bringen über Strukturen und Strukturveränderungen in Bevölkerung und Wirtschaft. Ihre regional stark differenzierten Ergebnisse (z. B. nach Kreisen, Gemeinden und Gemeindeteilen) dienen gerade in einem Bundesland als Grundlage der Verwaltung und Planung, aber z. B. auch der Entscheidung über Förderungsmaßnahmen.

Gleichzeitig ergänzen diese Großzählungen die laufenden Monats-, Quartals- und Jahreserhebungen, die naturgemäß mit wenigen Daten oder als Repräsentativerhebungen ohne hinreichende Regionalisierung auskommen müssen. Hier zeichnet sich für die nächsten Jahre ein besonders umfangreiches Programm ab. Während aus der im März 1977 durchgeführten *Handwerkszählung* bereits alle Daten vorliegen und in der zweiten Jahreshälfte 1978 auch veröffentlicht sein werden, läuft zur Zeit bei rund 7000 ausgewählten Haushalten eine bundeseinheitliche *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*, die neue Strukturdaten über Einkommen, Verbrauch und Vermögen der privaten Haushalte bringen wird. Erste Ergebnisse werden bis Ende 1978 vorliegen.

Im Frühjahr 1979 wird eine umfassende Bestandsaufnahme für den *Handel* und das *Gastgewerbe* folgen, bei der für das Kalender- und Geschäftsjahr 1978 die wichtigsten Strukturdaten für die genannten Wirtschaftsbereiche erhoben werden. Die Zählung ist für Baden-Württemberg von besonderer Dringlichkeit, weil die laufenden Statistiken gerade für diese Bereiche nur wenige Daten für das Land und überhaupt keine Ergebnisse für die regionale Gliederung bringen. Die ersten für 1980 zu erwartenden Ergebnisse werden zum ersten Mal nach 1968 eine große Informationslücke schließen. Hier wären wegen des Informationsbedarfs im Land und in seinen Regionen künftige Bestandsaufnahmen in nicht zu großen zeitlichen Abständen wünschenswert.

Die fast gleichzeitig hiermit im Frühjahr 1979 stattfindende *Landwirtschaftszählung* soll das für die Agrarpolitik benötigte sachlich und regional tiefgegliederte Datenmaterial liefern und die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften und des

Welt-Agrarzensus 1979/80 abdecken. Die im Zählungsjahr 1979 ohnedies durchzuführenden Erhebungen (Bodennutzungserhebung, Viehzählung, Agrarberichterstattung) werden durch betriebsweise Zusammenführung mit Hilfe der landwirtschaftlichen Betriebsdatei auch für die Landwirtschaftszählung nutzbar gemacht, die sich hierdurch auf die Erfassung der Arbeitsverhältnisse und einige ergänzende Tatbestände beschränken kann. Die meisten Ergebnisse werden während des Jahres 1980 anfallen. Es wird zur Zeit geprüft, wie dem über das Bundesprogramm hinausgehenden Datenbedarf des Landes durch ein Ergänzungsprogramm Rechnung getragen werden kann. Von den im Zusammenhang mit einer Landwirtschaftszählung üblicherweise fälligen *Sonderzählungen* (Weinbauerhebung, Gartenbauerhebung, Binnenfischerei-erhebung) wird lediglich die Weinbauerhebung schon im Winter 1979/80 durchgeführt werden.

Im Jahr 1980 wird dann in Ergänzung des neu geordneten Systems der laufenden Statistiken im *Produzierenden Gewerbe* (Energie und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) auch für diesen großen Bereich ein umfassender *Zensus* durchgeführt werden. Er wird eine Bestandsaufnahme unter Einbeziehung kleinerer Unternehmen und Betriebe und Erkenntnisse über die bei den kurzfristigen Statistiken ausgeklammerten Tatbestände (z. B. Materialverbrauch, Nettoleistung) liefern. Damit wird nach längerer Zeit wieder ein Gesamtbild des gerade für Baden-Württemberg auch heute noch zentralen Bereichs der Warenproduktion vorliegen. Auch unter dem Aspekt sektoraler und regionaler Strukturpolitik sowie der Mittelstandspolitik werden die Daten, die während des Jahres 1981 zu erwarten sein dürften, von Bedeutung sein. Schließlich liefert der Zensus wichtige Grunddaten für die laufenden Berechnungen des Produktionsindex und des Sozialprodukts.

Darüber hinaus zeichnet sich für das Jahr 1981 das größte Projekt mit einer erneuten *Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung* ab, die auch mit einer Gebäudeerhebung und wohnungstatistischen Feststellungen verbunden sein wird. Das bereits weitgehend vorbereitete Konzept dieses Zählungswerks, das auf Empfehlung der Vereinten Nationen in Abständen von zehn Jahren durchgeführt wird – die letzte Volkszählung hat 1970 stattgefunden – ist darauf abgestellt, erneut ein Strukturbild der Bevölkerung, der Gebäude und Wohnungen und der Arbeitsstätten in möglichst tiefer regionaler Gliederung zu schaffen. Da die laufenden Statistiken in diesen Bereichen in erster Linie aus der Verfolgung von Entwicklungen weniger Merkmale bestehen (z. B. „Forttschreibung“ des Bevölkerungsstandes der letzten Volkszählung durch Daten über Wanderung, Geburten und Sterbefälle) und im Bereich aller Arbeitsstätten überhaupt keine umfassenden Zahlen aus der laufenden Beobachtung vorliegen, sind die Ergebnisse dieser großen Bestandsaufnahme für Baden-Württemberg und seine Regionen von grundlegender Bedeutung. Die Zählung wird unter anderem auch die Möglichkeit bieten, den Stand der Einwohner-Register bei den Gemeinden zu überprüfen und zu berichtigen. Erste Ergebnisse sollen bis Ende 1982 vorliegen.

Starke Entwicklung im laufenden Programm

Auch im laufenden Programm haben die letzten Jahre in vielen Bereichen beträchtliche Entwicklungen gebracht, die sich in der nächsten Zeit fortsetzen werden. Ein wachsender und sich

immer wieder verändernder Informationsbedarf der Europäischen Gemeinschaften, des Bundes, der Länder und ihrer Regionen bewirkt ebenso Veränderungen wie die schrittweise methodische Verbesserung der Statistiken. Da alle Fachbereiche hiervon betroffen waren, können nur einige Beispiele genannt werden.

In der *Bevölkerungs- und Kulturstatistik* haben die Statistiken im Bildungswesen und im Bereich des Arbeitsmarktes eine besondere Rolle gespielt. Die ohnedies schon weit ausgebauten Bildungsstatistik mußte unter Anpassung an den Informationsbedarf der Bildungspolitik weiterentwickelt und auf die neuesten technischen Aufbereitungsverfahren umgestellt werden. In Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium wurde der Ausbau einer Lehrerdater und der Aufbau einer Schuldatei vorangetrieben, die sowohl als Instrument statistischer Arbeiten als auch als flexible Basis für Informationsgrundlagen und Entscheidungshilfen für Planungs- und Verwaltungszwecke gedacht sind. Besonderes Augenmerk gilt weiterhin der Beobachtung des Übergangs vom Schulwesen in den Arbeitsmarkt, da das Hineinwachsen starker Jahrgänge in den Arbeitsmarkt in den letzten und in den kommenden Jahren große Anstrengungen aller beteiligten Stellen erfordert. Einen wesentlichen Fortschritt stellt der 1974 begonnene Aufbau einer Beschäftigtenstatistik dar. Auf der Basis der bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg jetzt vorhandenen Datei aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer werden vierteljährlich Daten über diesen großen Bereich von Arbeitnehmern in fachlicher und regionaler Gliederung ermittelt. Die schon mehrfach veröffentlichten Ergebnisse tragen dazu bei, eine wesentliche Lücke im statistischen Instrumentarium zu schließen, da bisher zwischen den Volkszählungen nur Daten des Mikrozensus in sehr begrenzter fachlicher und regionaler Gliederung und laufende Beschäftigtenzahlen für wenige Fachbereiche (Verarbeitendes Gewerbe und Bauwirtschaft) vorlagen.

In der *Agrarstatistik* steht der Ausbau einer auf die Beobachtung des Wandels der Agrarstruktur abgestellten laufenden Agrarberichterstattung im Vordergrund. Hierfür werden die Ergebnisse der funktional orientierten Statistiken (Viehählung, Bodennutzungserhebung und Arbeitskräfteerhebung) durch betriebsweise Zusammenführung der Daten herangezogen und durch einige zusätzliche Befragungen ergänzt. Diese „Verklammerung“ zwischen den einzelnen Funktionalstatistiken, die erst durch technisch-methodische Fortschritte in der Datenaufnahme und -verarbeitung möglich geworden ist, muß in den nächsten Jahren schrittweise verbessert werden, damit eine aktuelle Strukturbeobachtung möglich wird. Daneben muß das Instrumentarium der Agrarstatistiken den heutigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erfordernissen ständig angepaßt werden, so beispielsweise durch den Aufbau einer allgemeinen Flächenstatistik auf der Grundlage eines automatisierten Liegenschaftskatasters oder durch Umstellung der repräsentativen Arbeitskräftestatistik auf Jahreserhebungen unter Berücksichtigung regionaler Aspekte.

Im *Produzierenden Gewerbe* waren und sind die Jahre 1977 und 1978 beherrscht von der Neuordnung des gesamten Erhebungs- und Aufbereitungssystems der Statistiken in diesem Bereich. Zweck der Neuordnung ist es, die Berichterstattung auf den Gesamtbereich unter Einschluß des Verarbeitenden Handwerks auszudehnen, die verschiedenen Statistiken in Inhalt, Umfang und Periodizität aufeinander abzustimmen und die Erhebungen im allgemeinen auf Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und deren Betriebe zu beschränken. Zentrale Bedeutung kommt bei all diesen Aufgaben der völlig neu geschaffenen Betriebs- und Unternehmensdatei im Produzierenden Gewerbe zu. Hier sind alle Erhebungseinheiten nach einem einheitlichen Nummerierungssystem gespeichert. Zusätzlich sind auch die Ordnungsangaben (z. B. Wirtschaftszweig, Gemeinde) sowie Angaben über die Meldepflicht enthalten. Die Datei findet Anwendung als Erhebungs- und Aufbereitungsinstrumentarium bis hin zum Lohn- und Bußgeldwesen. Sie wird, sobald die entsprechenden Programme zur Verfü-

gung stehen, die Zusammenführung von verschiedenen Erhebungen für dieselben Einheiten ermöglichen und damit völlig neue Auswertungen erlauben. Diese Neuordnung, die zweifellos eine beträchtliche methodische Verbesserung gegenüber der früheren Industriestatistik darstellt, hat in der Praxis zu außerordentlichen Schwierigkeiten geführt, die noch heute nicht ganz überwunden und auf viele Probleme zurückzuführen sind. So haben allein der Aufbau des Dateisystems, die Neuabgrenzung des Berichtskreises mit der Einbeziehung der an der Warenproduktion beteiligten Handwerksbetriebe und das Verbinden der Daten des alten mit denjenigen des neuen Berichtskreises immer wieder neue Abstimmungs- und Korrekturarbeiten erforderlich gemacht. Es ist abzusehen, daß sich der Abschluß der Umstellung, der für Mitte 1978 vorgesehen war, bis Ende 1978 verschieben wird. Leider hat hierunter vorübergehend auch – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe – die rechtzeitige Bereitstellung der Ergebnisse gelitten. Das Statistische Landesamt hat inzwischen jedoch die bisherigen Termine für die Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse wieder erreicht. Der Verlauf der Umstellung hat im übrigen gezeigt, daß eine solche weitreichende Neuordnung nicht nur im großen theoretisch-methodischen, sondern auch im technisch-organisatorischen Rahmen sorgfältig vorbereitet werden muß. Hieran hat es, vor allem auch auf Bundesebene, leider weitgehend gefehlt.

Im Bereich der Verteilungswirtschaft (Handel und Verkehr) wird zur Zeit für das System der Statistiken im *Binnenhandel* gleichfalls eine weitgehende Neuordnung vorbereitet. Hier sollen die monatlichen Stichprobenerhebungen eingeschränkt, repräsentative Jahreserhebungen für alle Bereiche eingeführt und die umfassenden Handelszählungen nach einer Übergangszeit nur noch alle 10 Jahre durchgeführt werden. Da die Monats- und Jahreserhebungen als Stichprobe keine Regionalergebnisse ermöglichen, ist durch das neue Konzept eine Verbesserung für den Informationsbedarf auf Bundesebene, dagegen eine Verschlechterung der Situation für Länder und ihre Regionen zu erwarten. Bei der Beratung der Rechtsgrundlage sind daher von den Ländern im Bundesrat Einwendungen erhoben worden. Es wäre dringend erwünscht, daß sich hier keine Einschränkungen der Datenbasis für Baden-Württemberg und seine Regionen ergeben.

Für die statistische Beobachtung der *Umweltverhältnisse* ist durch das Gesetz über Umweltstatistiken von 1974 ein umfangreiches Programm zur Erfassung wichtiger Daten in der Abfallwirtschaft sowie in der Wasserwirtschaft festgelegt worden. Erste Erhebungen wurden bereits 1976 für das Jahr 1975 durchgeführt, die Ergebnisse sind weitgehend veröffentlicht. Die zur Zeit laufenden Statistiken sollen den 1977 erreichten Stand bei der Abfallbeseitigung, der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bereich der Wirtschaft und der öffentlichen Hand aufzeigen, sowie über die Investitionen zur Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Abfallbeseitigung bzw. zum Gewässerschutz Auskunft geben. Sie stellen einen weiteren Schritt auf dem Weg zur datenorientierten Beobachtung dieses so wichtigen Bereichs dar. Das Statistische Landesamt arbeitet hier besonders eng mit dem zuständigen Landesressort, der Landesanstalt für Umweltschutz und allen anderen beteiligten Stellen zusammen.

Im Sektor von *Finanzen und Steuern* wurde durch eine Ergänzung des Gesetzes über die Finanzstatistik das Erhebungsprogramm wesentlich ausgebaut. So mußten zum Beispiel die bisher relativ knappen, auf die Steuereinnahmen aller Gemeinden und die Schulden und Investitionen der größeren Gemeinden beschränkten Vierteljahresberichte auf alle Ausgabe- und Einnahmearten erweitert werden; damit soll eine bessere und zeitnahe Beurteilung der konjunkturpolitischen Wirkung der kommunalen Finanzwirtschaft ermöglicht werden. Auch die überwiegend aus Zuschüssen öffentlicher Stellen finanzierten Institutionen, die öffentliche Aufgabe erfüllen, sowie die Träger der Sozialversicherung und die Zweckverbände wurden, um künftig finanzwirtschaftliche Angaben für den gesamten öffentlichen Bereich als Teil der Volkswirtschaft zu erhalten,

in die finanzstatistische Berichterstattung mit einbezogen. Bei der Erfassung des Personalstandes im öffentlichen Dienst ist eine regelmäßige Erhebung des Personalwechsels nach ausgewählten Gründen eingeführt worden. Diese Daten sind für personalpolitische Entscheidungen und Planungen von Bedeutung. Im Rahmen der Einsparung von statistischen Erhebungen wurde von Baden-Württemberg und anderen Ländern der Vorschlag gemacht, diese Erhebung statt, wie im Gesetz vorgesehen im dreijährigen, künftig im sechsjährigen Turnus durchzuführen.

Wachsender Bedarf an Analysen und Prognosen

Der wachsende Informationsbedarf ist, wie sich bereits seit Jahren gezeigt hat, nicht allein durch statistisch-methodisch erläuterte Veröffentlichungen von tabellarischen Ergebnissen zu befriedigen. In wesentlich größerem Umfang als früher werden vom Statistischen Landesamt fundierte problemorientierte Analysen des Datenmaterials gefordert. Das Amt bemüht sich daher, im Rahmen seiner Arbeitskapazität solche Analysen zu bestimmten Aufgaben und Problemen der Landesentwicklung für die Landesregierung und alle anderen beteiligten Stellen zu liefern. Die wichtigsten Arbeiten aus allen Fachbereichen werden laufend in der Monatszeitschrift „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“ und in den „Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde“ veröffentlicht. Hier seien nur einige ausgewählte Arbeiten oder Arbeitspläne aus dem Bereich der komplexen Analysen und Prognosen erwähnt.

Im Bereich der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*, für deren Koordinierung zwischen allen Bundesländern Baden-Württemberg federführend ist, haben die Jahre 1976 bis 1978 eine wesentliche Arbeitsvermehrung durch die sogenannte Revision gebracht, bei der in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt zu bestimmten Zeitpunkten problemgerechtere Verbuchungsregeln eingeführt, neue Daten eingearbeitet und die Schätzmethoden verbessert wurden. Diese Arbeiten werden bis Ende 1978 abgeschlossen sein. Der von allen Statistischen Landesämtern gemeinsam herausgegebene Band über die ab 1960 revidierten Ergebnisse der sogenannten Entstehungsrechnung erschien im Mai 1978, die entsprechende Veröffentlichung für die Verteilungs- und Verwendungsrechnung folgt bis Ende 1978. Schwierigkeiten bereitet immer noch das Erzielen ausreichend plausibler Ergebnisse für *alle* Bundesländer, da die regionale Zuordnung vieler Tatbestände, zum Beispiel des Umsatzes von Unternehmen mit Niederlassungen in mehreren Ländern, nicht immer eindeutig möglich ist.

Zur Ergänzung dieses Instrumentariums wird zur Zeit die sehr komplexe Arbeit an der Erstellung einer *Input-Output-Tabelle* abgeschlossen. Zweck dieser Analyse ist es, die Verflechtung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen durch Warenlieferung und Wareneinsatz von Sektor zu Sektor nachzuweisen, wodurch eine wesentliche Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erreicht wird. Auswirkungen von Rückgang oder Zuwachs des Produktionsausstoßes in einzelnen oder mehreren Sektoren auf die übrigen Bereiche können hierdurch ebenso abgeschätzt werden wie die Effizienz eventuell notwendig werdender Förderungsmaßnahmen. Erste Darstellungen von Methode, Ergebnissen und Einsatzmöglichkeiten dieses neuen Instrumentariums werden ab August 1978 publiziert werden.

Vor einiger Zeit ist in enger Fühlungnahme mit dem Wirtschaftsministerium mit Überlegungen begonnen worden, ob und in welchem Umfang die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Input-Output-Analyse auch für eine künftige *Strukturbeobachtung* eingesetzt werden können. Nach ersten Diskussionen in dem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer zuständigen Arbeitskreis werden – im Gegensatz zu offenbar recht weitgehenden Plänen auf Bundesebene – für einen Ausbau der Entstehungsrechnung nach 50 oder 60 Wirtschaftsbereichen auf Landes-

ebene kaum realistische Möglichkeiten gesehen wegen der mit dem gesamten Schätzsystem verbundenen Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme. Es wird überlegt, inwieweit für eine fundierte Strukturbeobachtung auch Daten aus Einzelstatistiken eingesetzt werden können (zum Beispiel eine Auswertung der Ergebnisse aus der vierteljährlichen Produktionsstatistik). Die hiermit zusammenhängenden Fragen dürften in den nächsten Jahren zu einem wichtigen Arbeitsthema werden.

Das durch den Geburtenrückgang und andere Entwicklungen ausgelöste verstärkte Interesse an demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen hat das Statistische Landesamt veranlaßt, sich mit dem Ausbau und der Systematisierung des statistischen Nachweises der *Sozialstruktur* zu beschäftigen. Dieser Bereich wurde lange Zeit wenig beachtet und ist erst seit einigen Jahren, unter anderem durch die Arbeit an einem System sozialer Indikatoren, in den Vordergrund gerückt. Das Statistische Landesamt wird als erstes Ergebnis seiner Vorarbeiten im September 1978 eine zusammenfassende Veröffentlichung über Daten zur materiellen Lebenssicherung herausgeben. Dabei werden auch Überlegungen zu Möglichkeiten und Problemen des statistischen Erfassens der Sozialstruktur dargestellt werden. Weitere Veröffentlichungen, die den Aufgabenkomplex „Soziale Infrastruktur“ betreffen, sollen folgen. In einem weiteren Schritt soll die Fülle von Daten in den einzelnen Fachbereichen anhand von Datenreduktionsmodellen auf wenige Indikatoren komprimiert werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Fortführung und der Ausbau des seit einigen Jahren berechneten institutionellen und funktionalen *Sozialbudgets*, das alle wichtigen Aufwendungen für soziale Aktivitäten umfaßt, und dessen Verzahnung mit dem Indikatorensystem. Die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen und Anregungen zum „Jahr der Familie“ haben das Amt zu einer datenorientierten Untersuchung über die Situation der Familie in Baden-Württemberg veranlaßt. Sie ist im Juni 1978 im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1977/78 veröffentlicht worden. Eine entsprechende Analyse ist für 1979 zum „Jahr des Kindes“ in Aussicht genommen.

Das Statistische Landesamt hat aufgrund eines Beschlusses des Ministerrats vom 16.1.1973 der Landesregierung jährlich einen *Statistisch-prognostischen Jahresbericht* vorzulegen. Der vierte ausführliche Jahresbericht 1976/77, der inzwischen vom Ministerrat und vielen anderen Stellen als außerordentlich wichtige allgemeine Informationsgrundlage und Entscheidungshilfe angesehen wird, ist von der Landesregierung im Juli 1977 veröffentlicht worden. Wegen des Umfangs des Berichts hat der Ministerrat im Mai 1977 beschlossen, daß dieser ab 1978 jährlich abwechselnd in Kurzform und in ausführlicher Form erstellt wird. Der erste Jahresbericht in Kurzform ist am 14. Juni 1978 der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Er enthält neben einem Rückblick auf das Jahr 1977 und einem Ausblick auf 1978 Analysen zur Struktur der Lehrerschaft, zur Situation der Familie und schließlich zur gegenwärtigen Situation und möglichen Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes. Der nächste Jahresbericht erscheint im Frühjahr 1979 wieder in ausführlicher Form.

Auch im Bereich der *Prognosen* hat das Amt bereits in den letzten Jahren vor vermehrten Anforderungen gestanden. Während Methoden und Ergebnisse der letzten langfristigen Bevölkerungsprognose 1976 in der Monatszeitschrift des Amtes und im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1976/77 veröffentlicht worden sind, laufen seit einigen Monaten von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossene koordinierte Modellrechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung für alle Bundesländer bis 2050. Die Ergebnisse werden im Herbst der Ministerpräsidentenkonferenz durch das federführende Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vorgelegt werden. Im Mai 1978 wurde eine gemeinsam vom Kultusministerium und vom Statistischen Landesamt erarbeitete Akademiker-Bedarfsprognose veröffentlicht. Sie hat wegen der großen Problematik im Bereich von Angebot und Nachfrage nach Akademikern besonderes Interesse gefunden.

Eine kombinierte Prognose von demographischen und ökonomischen Eckdaten enthält der Statistisch-prognostische Jahresbericht 1976/77. Zu den hierbei für die Arbeitsmarktbilanz bis 1990 prognostizierten Daten hat das Amt aufgrund der inzwischen eingetretenen Entwicklung im Jahresbericht 1977/78 Stellung genommen. Es hat sich hierbei auch kritisch mit einigen Prognosen anderer Stellen auseinandergesetzt, die von einem dem Amt unplausibel erscheinenden sprunghaften Anstieg des Ungleichgewichtes in der Arbeitsmarktbilanz ausgehen. Für die nächsten Jahre ist wegen des noch immer wachsenden Bedarfs an solchen zukunftsorientierten Entscheidungshilfen mit weiteren prognostischen Modellrechnungen im demographisch-ökonomischen Bereich zu rechnen. Es ist vorgesehen, im nächsten Jahresbericht (Frühjahr 1979) eventuell eine neue kombinierte Prognose von demographischen und ökonomischen Eckdaten zu bringen.

In der *Agrarstatistik* haben die Ertragsprognosen der pflanzlichen Produktion durch die im Statistischen Landesamt entwickelten Prognosemodelle für die jährlichen Erntevorschätzungen für landwirtschaftliche Feldfrüchte, Obst und Weinmost einen hohen Verlässlichkeitsgrad erreicht. Die gegenwärtigen Arbeiten zielen auf eine weitere Verbesserung durch stärkere Abstützung der Verfahren auf objektive Merkmale (Witterungsdaten und dergleichen). Neben den kurz- und mittelfristigen Produktions- und Angebotsprognosen für Schweine und Rinder gewinnen in letzter Zeit Prognosen über die landwirtschaftliche Betriebsstruktur und die Arbeitskräfteverhältnisse sowie langfristige Projektionen der Nachfrage- und Angebotsentwicklung von Agrarprodukten an Bedeutung.

Ausbau der Struktur- und Regionaldatenbank

Während der letzten Jahre ist die 1972 in Betrieb genommene Struktur- und Regionaldatenbank schrittweise ausgebaut worden. Sowohl die eingespeicherte Datenbasis als auch die Verarbeitungsmöglichkeit der Daten wurde wesentlich erweitert. Über die ursprüngliche Beschränkung auf Daten für Gemeinden und Kreise hinaus wurden während der letzten Zeit auch „Lange Reihen“ für das Land und Vergleichsdaten für die anderen Bundesländer zur Einspeicherung vorbereitet. Gegenwärtig enthält die Datenbank rund 50 Millionen Daten, die auch weiterhin ergänzt und aktualisiert werden. Die Abruf- und Verarbeitungsprogramme sind soweit ausgebaut worden, daß zum Beispiel aus der Datenbank neben einfacheren Abrufen von Daten nunmehr auch anspruchsvollere Veröffentlichungsmanuskripte für Darstellungen beliebiger regionaler Ebenen erstellt werden können. Des weiteren wurden Grafik-Programme entwickelt, mittels derer auf Gemeindebasis Mehrfarbenausdrucke mit verhältnismäßig geringem Aufwand möglich sind. Seit 1975 ist der Landtag Baden-Württemberg durch ein Terminal unmittelbar an die Struktur- und Regionaldatenbank angeschlossen. Die Zahl der Abruf- und Verarbeitungsaufgaben ist laufend gewachsen. Im Jahr 1977 sind aus dieser Datenbank – einschließlich der inneramtlichen Verwendung, jedoch ohne die Benutzung durch den Landtag – monatlich 1000 bis 1500 „Spalten“ abgerufen worden. Neue Wege der Herausgabe regionalstatistischer Informationen wurden 1977 durch den Ausdruck von „Gemeinde- und Kreisblättern“ erschlossen, die als Basisinformation bei allen Beteiligten großes Interesse gefunden haben.

Es ist vorgesehen, auf der Grundlage der Struktur- und Regionaldatenbank das Landesinformationssystem aufzubauen.

Weiterentwicklung des Rechenzentrums

Die Übertragung neuer Aufgaben an das Statistische Landesamt und die bevorstehenden Großzählungen verlangen die Steigerung der Leistungsfähigkeit der elektronischen Daten-

verarbeitung. Zur Rationalisierung des Personal- und Maschineneinsatzes wurde im Herbst 1977 ein „Massenspeichersystem“ in Betrieb genommen. Das Gerät speichert und verwaltet Daten im Umfang von insgesamt 32 Mrd. Speicherstellen. Durch schnelle automatische Aufnahme oder Bereitstellung der Dateien wird der Arbeitsablauf beschleunigt und sicherer, da manuelle Eingriffe nicht mehr erforderlich sind. Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Datenfernverarbeitung zuteil. Erste Anwendungen haben sich bei Benutzung statistischer Datenbanken oder in der Führung von Bestandsdateien bewährt.

Statistisches Landesgesetz in Vorbereitung

Da die bisherigen Rechtsgrundlagen für die Arbeiten des Amtes veraltet sind, ist während des letzten Jahres vom Finanzministerium ein Gesetzentwurf erarbeitet worden. Dieses Gesetz für Statistik und Information soll enthalten:

1. Aufgabenkatalog des Amtes,
2. allgemeine Bestimmungen über das künftige Informationssystem,
3. die Regelung für die Anordnung von Landesstatistiken,
4. die Bestimmungen über Auskunftspflicht und Geheimhaltung bei Landesstatistiken,
5. Regelungen über Zusammensetzung und Aufgaben des Statistischen Landesausschusses.

Die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes durch den Landtag noch in der laufenden Legislaturperiode würde dazu beitragen, für alle mit der amtlichen Statistik in Baden-Württemberg zusammenhängenden Fragen generelle Regelungen zu schaffen. Dies wäre schon deshalb dringend erforderlich, weil die amtliche Statistik einerseits durch Befragungen in allen Bereichen der Gesellschaft, andererseits durch ihre Aufgabe des Schaffens von Informationsgrundlagen und Entscheidungshilfen laufend mit einer Vielzahl von Stellen im Land zusammenarbeiten muß.

Überprüfung des Arbeitsprogrammes der Statistik

Das Statistische Landesamt hat in den letzten Jahren stets vor dem Problem gestanden, ein schnell wachsendes Programm vor allem im Bereich der vom Bund angeordneten Statistiken ohne die hierfür erforderliche Arbeitskapazität bewältigen zu müssen. Aufgrund eines Berichtes des Statistischen Landesamtes an das Finanzministerium hat die Landesregierung daher bereits 1974 durch eine Bundesratsinitiative eine kritische Überprüfung des Arbeitsprogramms der Bundesstatistik angeregt. Die Initiative hat dazu geführt, daß ein von der Bundesregierung eingesetzter Abteilungsleiterausschuß nach sorgfältigen Beratungen eine Liste von Einschränkungs-vorschlägen erarbeitet und den Entwurf eines hierfür erforderlichen Statistik-Bereinigungsgesetzes vorgelegt hat. Diese Vorschläge betreffen schwerpunktmäßig Teile des künftigen Programms, zum Beispiel die künftige Periodizität großer Zählungen. Im Bereich der laufenden Statistiken sind nur geringfügige Einschränkungen zu erwarten. Der Gesetzentwurf wird während der nächsten Monate von den zuständigen Gremien beraten werden. Es bleibt freilich festzustellen, daß seit dem Beginn der Überprüfung der Bundesstatistiken im Jahr 1975 das Programm in einigen Bereichen schon wieder weiter ausgebaut worden ist (zum Beispiel im Bereich der Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes und bei den Umweltstatistiken). Wichtig dürfte für die Zukunft sein, daß durch die von Baden-Württemberg angeregten Untersuchungen die Weiterentwicklung des Programms der Bundesstatistik kritischer als bisher geprüft wird.

Durch den Statistischen Landesausschuß soll jetzt auch das Programm der Landesstatistiken in ähnlicher Weise auf Einschränkungsmöglichkeiten überprüft werden.

Prof. Dr. Klaus Szameitat